

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen**Radio Bremen erhalten – ARD-Finanzausgleich neu gestalten**

Der Rundfunkbeitrag für die kommende Gebührenperiode 2013 bis 2016 wird laut Empfehlung der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs nicht erhöht. Der finanzielle Engpass Radio Bremens wird sich dadurch noch verschärfen. Die ARD will diesen Liquiditätsengpass durch die Gewährung von Überbrückungskrediten kurzfristig beheben. Radio Bremen hat mittels Kooperationen und Einsparungen bei Personal und Programm bereits erhebliche Sparanstrengungen geleistet. In Relation zum jeweiligen Gesamtaufwand hat Radio Bremen mit rd. 8,7 % in den vergangenen Jahren den weitaus höchsten Sparbeitrag aller ARD-Anstalten geliefert (18. KEF-Bericht, Tz 577, Seite 256).

Auf Bitte der Staats- und Senatskanzleien haben die Intendantinnen und Intendanten der ARD am 29. November 2010 entschieden, das bisherige Finanzausgleichssystem, einschließlich der „Bonner“ und „Hamburger Beschlüsse“, bis Ende 2014 fortzuführen und bis dahin entstehende Lücken durch Nachjustierungen zu schließen. Sobald die Auswirkungen des neuen Rundfunkbeitragsmodells absehbar sind, wollen die Regierungschefs der Länder im Oktober 2014 über ein neues Rundfunkfinanzausgleichsmodell beschließen.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. sich im Zuge der anstehenden Verhandlungen mit den Ländern für eine langfristige finanzielle Absicherung Radio Bremens als eigenständige Anstalt einzusetzen, die sich nicht auf kurzfristigen Liquiditätshilfen, sondern auf eine dauerhafte, bedarfsgerechte Finanzierung stützt;
2. zu diesem Zweck die Evaluierung des neuen Beitragsmodells zu unterstützen und in Bezug auf die Auswirkungen des neuen Modells für die Finanzierung von Radio Bremen zu analysieren;
3. vor diesem Hintergrund und im Rahmen der bestehenden Vereinbarungen geeignete Lösungen zur Neuordnung des Finanzausgleichs im Jahr 2014 zu entwickeln, die der Erreichung des unter 1. genannten Ziels dienen, wobei alternative Verteilungsmodelle ebenso geprüft werden sollen wie eine Erhöhung der ARD-Finanzausgleichsmasse.

Antje Grotheer,
Björn Tschöpe und Fraktion der SPD

Carsten Werner, Björn Fecker,
Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen